

Haushalt 2011 erfüllt Vorgaben der Schuldenbremse

Konsolidieren und Zukunft gestalten

Nur eine solide Haushaltspolitik sichert die Handlungsfähigkeit des Staates. CDU, CSU und FDP setzen daher auf eine Konsolidierung des Bundeshaushalts. Der nun beschlossene Etat für 2011 fällt erstmals unter die neu im Grundgesetz verankerte Regelung der Schuldenbremse. Dennoch blieb Spielraum für wichtige Zukunftsinvestitionen.

Die christlich-liberale Koalition hält die Schuldenbremse ein. Das ist das Ergebnis der letzten Haushaltsberatungen, die vor der Verabschiedung des Etats für 2011 im Deutschen Bundestag am Freitag geführt wurden. Die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen konnten die Nettokreditaufnahme gegenüber dem Haushaltsentwurf der Regierung um 9,1 Milliarden Euro senken. Damit werden die grundgesetzlichen Vorgaben der Schuldenbremse übererfüllt: Die nun aufzunehmende Neuverschuldung liegt mehr als vier Milliarden Euro unter dem zulässigen Richtwert.

Trotz dieser notwendigen Konsolidierungsschritte blieb die christlich-liberale Koalition ihrem Ziel treu, nicht an der Zukunft, sondern für die Zukunft zu sparen. Daher beließen Union und FDP die Ausgaben für Bildung, Forschung und Investitionen auf hohem Niveau. Darüber hinaus setzte sich vor allem die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag für etliche gezielte Änderungen im Haushaltsplan ein. Mit diesen Einzelmaßnahmen setzt die Regierungskoalition wichtige Signale für weiteres Wachstum, zusätzliche Beschäftigung und die soziale Balance in Deutschland.

So erhöhte das Parlament etwa die Mittel für die Städtebauförderung gegenüber dem Regierungsentwurf um 150 Millionen Euro. Diese Mittel werden in die Entwicklung der Städte und Gemeinden investiert; darunter fällt die Stärkung historischer Ortskerne genauso wie Maßnahmen zur Integrationsförderung. Die Förderung

orientiert sich dabei weder an Größe oder Lage der Gemeinden, sondern einzig am tatsächlichen Bedarf. Auch die Mittel für die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur wurden auf Initiative der CSU im Deutschen Bundestag erhöht. Von den zusätzlichen zehn Millionen Euro in diesem Bereich profitieren vor allem die strukturschwächeren Gebiete in Bayern. Im Rahmen dieses Programms werden gewerbliche und Investitionen in die wirtschaftsnahe Infrastruktur der Kommunen gefördert. Dies dient unmittelbar der Schaffung und Sicherung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze. Dadurch verbessert sich auch die Einkommenssituation in strukturschwachen Regionen.

Neben diesen wichtigen Programmen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung verbesserten die Abgeordneten der Koalition auch die Rahmenbedingungen für Sozialprogramme. So stellten sie weitere 188 Millionen Euro zur Verfügung, die nun als zusätzliches Wohngeld bereitstehen. Während diese Maßnahme vor allem den Menschen in Ballungsräumen zu Gute kommt, kämpfte die CSU im Deutschen Bundestag auch für die Landwirtschaftliche Sozialversicherung: Die Zuschüsse in dieses wichtige Sicherungssystem für bäuerliche Unternehmer und ihre Familien bleibt dank des Einsatzes der Christsozialen konstant. Gleichzeitig machten es die Abgeordneten möglich, dass das Elterngeld für Aufstocker und Minijobber erhalten bleibt. Damit setzt die christlich-liberale Koalition ein wichtiges Zeichen dafür, dass sich Leistung lohnt.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!

Die christlich-liberale Koalition begegnet der verschärften Sicherheitslage in Deutschland mit dem notwendigen Ernst. Entschlossen haben wir auf sich verdichtende Hinweise der Geheimdienste reagiert und den Schutz unserer Flughäfen, Bahnhöfe und anderer öffentlicher Orte erhöht. Gerade in dieser schwierigen Lage stehen wir hinter unseren Sicherheitsbehörden. Dank ihrer verlässlichen Analysen können wir uns wappnen, dank ihres verantwortungsvollen Dienstes sind wir geschützt.



Unverständlich ist und bleibt die unverfrorene Bemerkung aus den Reihen der Grünen, die Terrorgefahr werde übertrieben, um neue Sicherheitsgesetze durchzusetzen. Dass Ober-Sponti Ströbele hier offenbar auf die Rückendeckung seiner Partei zählen kann, belegt das Ausbleiben einer Zurückweisung seiner Entgleisung durch die Fraktionspitze. Bevor die Grünen in den Ländern auf Ministerpräsidenten-Posten schielen, sollten sie erst einmal lernen, hinter der Polizei zu stehen!

Dabei ist klar: Wir stellen keine neuen Sicherheitsgesetze zur Debatte. Es geht lediglich um die seit 2007 überfällige Umsetzung einer EU-Richtlinie. Früher speicherten die Kommunikationsunternehmen sämtliche Verbindungsdaten zu Abrechnungszwecken. Bei Gefahr in Verzug konnte man so herausfinden, mit wem ein Verdächtiger in Kontakt steht. In den Zeiten von Prepaid und Flatrate fehlt uns dieses zur Aufklärung von Terrorgruppen und Bandenkriminalität unentbehrliche Hilfsmittel. Als Ersatz schrieb die EU den Unternehmen eine Speicherpflicht von sechs Monaten vor. Die Zulässigkeit dieser Maßnahme hat das Verfassungsgericht ausdrücklich bestätigt. Jetzt muss sie zeitnah umgesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Reinhard Brandl MdB

Weltfremd oder gefährlich?

Politik zwischen Straßenschlacht und Enteignung

Harter Schlag für die Grünen: Auf ihrem Bundesparteitag vom vergangenen Wochenende haben sich die Fundamentalisten in vielen Fragen durchgesetzt. Der Weg der Partei ist damit vorgezeichnet: Statt verantwortungsvoller Politik wird sie weiter Straßenschlachten und Enteignungs-Phantasmen kultivieren. Immer deutlicher wird, dass sich nur Vermögende eine grüne Regierungsbeteiligung leisten können.

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger würden unter einer Regierungsbeteiligung der Grünen auch finanziell leiden. Das ist das Ergebnis des Bundesparteitags der Öko-Partei vom vergangenen Wochenende, auf dem etliche Anträge beschlossen wurden, die den Wähler teuer zu stehen kommen könnten. Nach dem Willen der Grünen soll die Mitte der Gesellschaft künftig noch stärker belastet werden, um linke Umverteilungsideologien zu ermöglichen. So fordern die Grünen nicht nur die Ausweitung der Gewerbesteuer auf



Die Grünen fordern die Zwangssanierung von Immobilien auf Kosten der Eigentümer – selbst wenn der Aufwand den Wert des Objekts übersteigt.

anheben wollen, müssten Arbeitnehmer mit zusätzlichen Versicherungsbeiträgen in Höhe von bis zu 1000 Euro pro Jahr rechnen.

Auch das Energiekonzept der Grünen überzeugt nicht. Sie versprechen eine hundertprozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien bis 2030, verschweigen aber, was dies für die Entwicklung des Strompreises bedeuten würde. Auch bei der Gebäudesanierung versprochen die Grünen milliardenschwere Förderpakete, ohne deren Gegenfinanzierung auch nur im Ansatz behandelt zu haben. Konkret

werden die Neo-Spontis nur an einer Stelle: Immobilienbesitzer sollen zur energetischen Sanierung ihrer Häuser und Wohnungen gezwungen werden – auch wenn die Kosten der Arbeiten den Immobilienwert übersteigen. In der Konsequenz führt diese Politik zur Enteignung der betroffenen Haus- und Wohnungseigentümer.

Aus ihrer nationalen Verantwortung stahlen sich die Grünen nunmehr auch beim Thema Olympia. Die Winterspiele von 2018 sollen nach dem Willen von Roth, Özdemir und Co. nun doch nicht in München stattfinden. Diese Entscheidung überraschte nicht, steht sie doch in der Tradition grüner Gegnerschaft zu wichtigen, international beachteten Projekten in Deutschland. Dazu schrieb der Münchener SPD-Bürgermeister Ude kürzlich im „Münchner Merkur“: „Ich bestreite schlichtweg, dass sich das Nein der Grünen stets auf den Volkswillen stützen kann. Für München wäre das grüne Nein zur Neuen Messe ein Desaster gewesen, wenn es nicht von Rot-Schwarz ebenso überstimmt worden wäre wie das grüne Nein zum Flughafen. Das wissen auch die Grünen, die in der Messe Großveranstaltungen zur Solartechnik eröffnen und am Flughafen zu Reisen in die Dritte Welt starten.“

alle Freiberufler, sondern ebenso eine Anhebung des Spitzensteuersatzes und den Abbau des Ehegattensplittings. Auch die beitragsfreie Familienversicherung in der Krankenversicherung soll nach dem Willen der Grünen abgeschafft werden.

Damit nähert sich die Öko-Partei immer stärker den Positionen der Linkspartei an. Vor diesem Hintergrund erscheint die Gefahr eines Linksbündnisses aus SPD, Grünen und Linkspartei immer realer. Eine solche Politik käme den Bürgerinnen und Bürgern jedoch sehr teuer. Gerade die Grünen machen keine Politik für den kleinen Mann, der ehrlich arbeitet; vielmehr können es sich nur noch Spitzenverdiener und Hartz-IV-Empfänger leisten, ihr Kreuz bei der Öko-Partei zu machen. So sehen die grünen Pläne für eine Reform des Gesundheitssystems vor, die kostenlose Mitversicherung von nicht berufstätigen Ehepartnern in der gesetzlichen Krankenversicherung weitgehend abzuschaffen. Eine solche Regelung wäre nicht nur verfassungsrechtlich bedenklich, sondern würde die Familien in Deutschland auch mit Zusatzkosten in Milliardenhöhe belasten. Da die Grünen auch die Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Krankenversicherung

Diese Woche

Haushalt 2011 erfüllt Vorgaben der Schuldenbremse

Konsolidieren und Zukunft gestalten 1

Weltfremd oder gefährlich?

Politik zwischen Straßenschlacht und Enteignung 2

Christlich-liberale Koalition setzt auf Konsolidierung

Musterbeispiel für solide Politik 3

Deutscher Arbeitgebertag 2010

Friedrich zeigt Wege für Fachkräfte auf 4

Für Frieden und Freiheit

Wichtige Bundeswehrmandate vor Verlängerung 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Christlich-liberale Koalition setzt auf Konsolidierung

Musterbeispiel für solide Politik

Der Bundestag hat den Haushalt für das kommende Jahr gebilligt. Der Abstimmung ging eine engagierte Debatte voran, in der einmal mehr deutlich wurde: Für das Linksbündnis aus SPD, Grünen und Linkspartei ist Verantwortung ein Fremdwort. Sie zeichnet sich vor allem durch destruktive Politik aus.

Der niedrigste Stand der Erwerbslosigkeit seit der Wiedervereinigung, satte Wachstumsprognosen und der beste Geschäftsklimaindex seit zwei Jahrzehnten: Eine Reihe erfreulicher Zahlen bildeten den Hintergrund der Debatte über den Etat des Bundeskanzleramts am Mittwoch. Einer alten parlamentarischen Tradition entsprechend bot dieser Tagesordnungspunkt Anlass zur Generalaussprache über die Politik der unionsgeführten Bundesregierung. Dabei überzeugte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit einer ambitionierten Rede, die keinen Platz für Selbstzufriedenheit ließ. Vielmehr reichte die Regierungschefin die Lorbeeren, die ihr das Ausland für das so genannte „zweite deutsche Wirtschaftswunder“ verleiht, an andere weiter: Ohne die starke Wirtschaft Deutschlands mit ihrem industriellen Kern, ohne den leistungsfähigen Mittelstand und ohne die gelungene Sozialpartnerschaft wäre die erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung nicht möglich gewesen, so die Kanzlerin.

Darüber hinaus zeigte sich Frau Merkel mit ihren Erfolgen noch nicht zufrieden. Zwar seien tatsächlich sogar die Langzeitarbeitslosigkeit und auch die Zahl der Erwerbslosen in Ostdeutschland auf historische Tiefstände gesunken – mittlerweile wird sogar für den Jahresdurchschnitt 2011 eine Arbeitslosigkeit von unter drei Millionen Menschen prognostiziert. Jedoch gäbe es weiterhin viel zu tun. Dabei erwähnte die Bundeskanzlerin insbesondere den Zustand des Bundeshaushalts. Dieser hatte sich zwar angesichts der jüngsten Steuerschätzung entspannt, so dass derzeit nur noch mit einer Neuverschuldung von rund 50 Milliarden Euro gerechnet wird. Das sei aber – obwohl im

internationalen Vergleich ein herausragend gutes Ergebnis – nicht gut genug. Nach ihren eigenen Worten

einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik zu verpflichten.



In der Debatte über den Etat des Bundeskanzleramts wurde einmal mehr deutlich: Dem oppositionellen Linksbündnis geht es ausschließlich darum, die Arbeit der unionsgeführten Regierung zu blockieren.

möchte sich Frau Merkel vielmehr am ambitionierten Maßstab der Schuldenbremse messen lassen. Die unionsgeführte Koalition hatte dieses Instrument im Grundgesetz verankert, um sich und ihre Nachfolgerinnen zu

Ebenso wie die Bundeskanzlerin erinnerte auch der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Dr. Hans-Peter Friedrich, an das unverantwortliche Handeln der rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder. Diese habe das Land nicht nur an den unsäglichen Zustand der Arbeitslosigkeit von mehr als fünf Millionen Menschen gewöhnt, sondern auch wichtige Zukunftswenigen falsch gestellt. Dabei hob Friedrich die Entscheidung zur Aufnahme Griechenlands in die Euro-Zone hervor; in Kombination mit der Schröderschen Aufweichung des Stabilitätspakts von 2004 hatte diese die aktuelle Euro-Krise erst möglich gemacht: „Sozialisten neigen nunmal dazu, Verträge aufzuweichen, statt seriöse Politik zu machen.“

++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++

Falsche Bilanzen

Der Schatzmeister der bayerischen Linkspartei bezichtigt seine Genossen der Bilanzfälschung. Nach Informationen des „Focus“ verhinderten Getreue von Parteichef Ernst, dass der zuständige Schatzmeister Einsicht in wesentliche Unterlagen des Landesverbands erhielt. Die auf diese Weise gefälschten Rechenschaftsberichte sollten nicht nur über geschönte Mitgliederzahlen hinwegtäuschen; vielmehr sollte wohl auch verschleiert werden, dass die Kasse nicht stimmt. Die Fehlschuld ist mit 30.000 Euro zwar hoch, Porschefahrer Ernst mag sie jedoch für Peanuts gehalten haben. Hat er im Landesverband deswegen nicht für Ordnung gesorgt?

Falsche Genossen

Die Sarrazin-Debatte in der SPD erfährt immer skurrilere Auswüchse. Manch Sozialdemokrat ist vom Hin und Her der Parteiführung und -prominenz so verwirrt, dass er – aus Versehen? – auch mal die Seiten wechselt. Der SPD-Bürgermeister Püschel aus Krauschwitz in Sachsen-Anhalt etwa besuchte den NPD-Bundestag und lobte anschließend die dortigen Reden. Er habe „kaum einen Satz gefunden, den ich nicht selbst hätte unterschreiben können“, so der Kommunalpolitiker. Die mutige Geste des CDU-Ministerpräsidenten Wolfgang Böhmer, gegen den Parteitag zu demonstrieren, tat er dagegen als „Symbolpolitik“ ab.

Deutscher Arbeitbertag 2010

Friedrich zeigt Wege für Fachkräfte auf

Die Politik der christlich-liberalen Koalition ermöglicht Wachstum und Beschäftigung. Zum Abschluss des Deutschen Arbeitbertages 2010 zog Dr. Hans-Peter Friedrich eine positive Bilanz des ersten Regierungsjahrs von Union und FDP. Gleichzeitig zeigte er Verständnis für den Ruf der Industrie nach einem Abbau von Bürokratie beim Zuzug von Fachkräften. Eine Zuwanderung ins deutsche Sozialsystem lehnte Friedrich klar ab.

Die 2000 Führungskräfte aus der Wirtschaft hatten am Dienstagabend bereits einen prall gefüllten Tag hinter sich, als die Diskussion auf dem Deutschen Arbeitbertag noch einmal an Fahrt gewann. Die Veranstaltung hatte mit den Reden von BDA-Chef Dieter Hundt und EU-Kommissar Günther Oettinger begonnen, mittags sprach sogar die Bundeskanzlerin. Doch als Dr. Hans-Peter Friedrich, der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, zum Abschluss des Tages auf die Bühne gebeten wurde, waren die Manager ganz Ohr. Friedrich antwortete auf die Fragen, die den Gästen am wichtigsten waren, und sprach über die bestehenden Möglichkeiten des Zuzugs ausländischer Arbeitnehmer sowie die Steuerpläne der Koalition.

Dabei betonte Friedrich, dass Deutschland qualifizierte Zuwanderung benötigt, um die Abwan-

derung von Fachkräften und die demographische Entwicklung auszugleichen. Der Vorsitzende der



Dr. Hans-Peter Friedrich beim Arbeitbertag 2010: „Keine Zuwanderung ins Sozialsystem“

CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag machte unmissverständlich deutlich, wie unkompliziert der Zuzug von Fachkräften bereits unter der aktuellen Rechtslage möglich ist: „Jeder kann ins Land kommen, der hier einen Arbeitsplatz hat“. Friedrich sprach sich dabei aus, es bei dieser Regelung zu belassen, da

Deutschland nicht mit klassischen Zuwanderungsländern wie den USA und Kanada vergleichbar sei. „Wer nach Kanada kommt, muss möglichst bald arbeiten, weil er dort kein Sozialsystem in unserem Umfang hat.“

Friedrich nutzte die Gelegenheit, um Vorurteile gegen die angeblich bürokratische Vorrangprüfung auszuräumen. Diese dauere in der Regel nur eine Woche, 97 Prozent der Anträge würden im Durchschnitt bewilligt. Der Chef der CSU-Abgeordneten wies darauf hin, dass die Bundesagentur für Arbeit Bewerber aus bestimmten Herkunftsländern und in bestimmten Branchen von der Pflicht zur Vorrangprüfung befreien kann. „Ich bin gerne bereit, über jede Art von Entbürokratisierung zu reden. Ich bin aber nicht bereit, über den Grundsatz zu verhandeln, dass man nur in unser Land kommen darf, wenn man einen Arbeitsplatz hat.“

Für Frieden und Freiheit

Wichtige Bundeswehrmandate vor Verlängerung

Drei Mandate für wichtige Einsätze der Bundeswehr stehen kurz vor der Verlängerung. Am Mittwoch diskutierte der Deutsche Bundestag über die weitere Beteiligung deutscher Truppen an den Einsätzen in Bosnien-Herzegowina, Somalia und im Mittelmeer. Die christlich-liberale Koalition setzt bei der Verlängerung der Mandate auf eine breite Parlamentsmehrheit, um den Soldatinnen und Soldaten im Einsatz den Rücken zu stärken.

Nach einem entsprechenden Beschluss des Bundeskabinetts hat sich nun auch der Deutsche Bundestag mit den Mandaten für drei Auslandseinsätze der Bundeswehr befasst. Bereits vor der entscheidenden Abstimmung in der kommenden Woche zeichnet sich eine breite Mehrheit für eine Verlängerung ab. Mit der Beteiligung an den vom UN-Sicherheitsrat mandatierten Einsätzen leistet die Bundeswehr einen aktiven Beitrag zur Wahrung des internationalen Friedens sowie zur Sicherheit Deutschlands und seiner Bündnispartner. Die Operation „ALTHEA“ unter Führung der EU hat das Ziel, den Friedensprozess in Bosnien-Herzegowina voranzubringen und die

Lage im Land weiter zu stabilisieren. Das Mandat erlaubt eine maximale Personalstärke von 900 Soldatinnen und Soldaten, von denen derzeit etwa 120 im Land stationiert sind.

Ebenfalls im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU findet die Operation „ATLANTA“ zur Pirateriebekämpfung vor der Küste Somalias statt. Dort verläuft die wichtigste Handelsroute zwischen Europa, der arabischen Halbinsel und Asien, an deren Sicherung Deutschland als Exportnation ein besonderes Interesse hat. Seit Beginn der Operation haben die beteiligten Streitkräfte sichergestellt, dass alle 86 im Auftrag des Welter-

nährungsprogramms durchgeführten humanitären Schiffstransporte ihren Bestimmungsort erreichten. An dem Einsatz, der bis zum 18. Dezember 2011 verlängert werden soll, kann sich die Bundeswehr mit bis zu 1.400 Soldatinnen und Soldaten beteiligen.

Die „Operation Active Endeavour“ (OAE) unter Führung der NATO dient der Bekämpfung des internationalen Terrorismus im Mittelmeer und hat ihren Ursprung in den Angriffen auf die Vereinigten Staaten vom 11. September 2001. Die Bundeswehr kann bei dem Einsatz im Mittelmeer bis zum 31. Dezember 2011 mit maximal 700 Soldatinnen und Soldaten vertreten sein.